

Entschließungsantrag

der Fraktionen der SPD und FDP

zur Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Konrad, Frau Dr. Hartenstein, Schäfer (Offenburg), Wittmann (Straubing), Brandt (Grolsheim), Egert, Ibrügger, Dr. Jens, Liedtke, Müller (Schweinfurt), Dr. Penner, Dr. Schäfer (Tübingen), Dr. Schmidt (Gellersen), Dr. Wernitz, Wolfram (Recklinghausen), Dr. Wendig, Wolfram (Göttingen), Kleinert, Paintner, Dr. Zumpfort, Wurbs, Angermeyer, Frau Matthäus-Maier und der Fraktionen der SPD und FDP
– Drucksachen 8/3279, 8/3713 –

Umweltpolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stimmt den Ausführungen und der Bewertung der Umweltsituation, wie sie die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage gegeben hat, zu. Damit ist eine kontinuierliche Fortsetzung der Umweltpolitik der letzten zehn Jahre sichergestellt. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- beim Ausbau des Anteils der Kohle an der Energieversorgung, insbesondere bei der Kohleveredelung, rechtzeitig und umfassend die notwendigen Anforderungen zum Schutze der Umwelt zum Tragen zu bringen;
- der Förderung von Maßnahmen zur Luftreinhaltung zur beschleunigten Sanierung der Belastungsgebiete, insbesondere mit dem „Altanlagenprogramm“ weiterhin Vorrang zu geben;
- die Zielsetzungen des Umweltprogramms von 1971 auf dem Gebiete der Abgasentgiftung von Kraftfahrzeugen, trotz der internationalen Schwierigkeiten mit Nachdruck weiterzuverfolgen;
- Bestrebungen zur Aufweichung und Abschwächung des Abwasserabgabengesetzes im Interesse des Gewässerschutzes

entschieden entgegenzuwirken und ggf. auf eine Verschärfung des Gesetzes hinzuwirken;

- zu prüfen, ob die vorhandenen gesetzlichen Regelungen zur Eindämmung des Verpackungsaufwands ausreichen, und dabei auch Möglichkeiten von Abgabelösungen einzubeziehen;
- zu prüfen, ob die Instrumente des Abfallrechts ausreichen, um die Umsetzung ihrer Beschlüsse zur Einsparung von Rohstoffen und Energie durch Verwertung und Vermeidung von Abfällen sicherzustellen;
- ihr Aktionsprogramm Lärmbekämpfung vom 3. Oktober 1979 zügig durchzuführen und dem Bundestag zu berichten;
- darauf hinzuwirken, daß die Produktion von Fluorchlorkohlenwasserstoff schrittweise reduziert wird mit dem Ziel, die Verwendung auf Null zu bringen;
- zur Vorbereitung und Durchführung eines ökologischen Aktionsprogramms und als Grundlage für die künftige Umweltvorsorgepolitik des Bundes Maßnahmen und Demonstrationsvorhaben einzuleiten. Dabei sollen vor allem den Planungsträgern ökologische Zusammenhänge verdeutlicht, regionale Planungsvorhaben gebündelt und ökologische Grunddaten vervollständigt werden;
- Modellprojekten zur Sanierung von mit Schadstoffen besonders belasteten oder ökologisch besonders empfindlichen und wichtigen Regionen Vorrang einzuräumen;
- aus den Ergebnissen ökologischer Forschung praktikable Umsetzungsvorschläge für die Neuorientierung aller Fachplanungen zu entwickeln.

Bonn, den 24. April 1980

Wehner und Fraktion
Mischnick und Fraktion